

## **Dominike Pauli**

Fraktionsvorsitzende

Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit;

Mitglied des Ausschusses Bildung und Integration;

Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses



### **37. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember 2014**

#### ***Tagesordnungspunkt 6: Etat 2015/2016***

#### ***Manuskript der Rede***

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor zwei Jahren habe ich in meiner Etatrede ihrem öfter gebrauchten Begriff vom „Konzern Stadt“ unsere Vorstellung von der Stadt als soziales Gefüge entgegengestellt. Das bei Ihnen, meine Damen und Herren von den Grünen und der CDU, allenfalls ein herablassendes Lächeln hervorgerufen hat, so nach dem Motto: „Ach ja, die LINKEN mit ihren sozialromantischen Vorstellungen.“

Aber siehe da, heute bemerkt der Kämmerer Becker in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, dass er den Begriff „Konzern“ für die Stadt nicht gerne benutzt. Und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) wird er mit einem neuen Lieblingswort - „Großfamilie“ - und mit dem Satz, „Konzern, das klingt arg kühl“, zitiert. Und es folgt: „Die Familie steht solide da.“

Jetzt lassen Sie uns einmal schauen, wie Sie, meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, mit ihrer Großfamilie so umgehen.

Da gibt es Familienmitglieder, die umsorgen und hätscheln Sie.

Und dann gibt es andere, die lassen Sie am Katzentisch sitzen.

Für immer mehr Menschen, die in Frankfurt leben, wird es immer schwerer in dieser teuren Stadt zurechtzukommen. In Frankfurt, wie in ganz Deutschland, gibt es eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Das ist durch zahlreiche Studien belegt. Zum Beispiel die Studie [„Armut in Frankfurt“](#), in der sich Wissenschaftler der Fachhochschule Frankfurt jüngst mit dem Thema auseinandersetzen. In dieser Studie wird darauf hingewiesen, dass die gängigen Armutsquoten, ich zitiere: „.....kaschieren, wie extrem sich die soziale Lage innerhalb der Stadt unterscheidet. Diese Diskrepanz können wir mit unseren Daten gut dokumentieren.“ Sagt der wissenschaftliche Mitarbeiter Sven Stadtmüller vom „Forschungszentrum demographischer Wandel“ an der FH Frankfurt.

Auch das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, das offizielle Institut der Bundesanstalt für Arbeit, beschreibt in seinem [Kurzbericht 12/2014](#) das Thema Segregation, also die Entmischung ärmerer und reicherer Teile der Stadtbevölkerung, und stellt fest : „Es zeigen sich... deutliche Unterschiede im Ausmaß der lokalen Segregation. Diese ist in Stuttgart und München am Niedrigsten und in Leipzig und Frankfurt am Main deutlich höher“. Und noch ein Zitat daraus: „Frankfurt weist als eine Stadt mit vergleichsweise wenigen Niedriglohnbeziehern den höchsten Segregationsindex aller Städte in der Tabelle aus“.

Das heißt, Ihre Stadtpolitik, die Sie seit Jahren betreiben, fördert und zementiert die Spaltung zwischen armen und reichen FrankfurterInnen.

Das Ausmaß dieser Spaltung lässt sich auch in der städtischen Publikation statistik.aktuell Nr. [27/2014](#) ablesen. Dort steht: Jeder sechste beschäftigte Frankfurter hat ein Arbeitsentgelt im Niedriglohnbereich. 2013 erhielten 16,4 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frankfurter, das sind 30.000 Menschen, ein durchschnittliches monatliches Arbeitsentgelt von weniger als 2063 Euro. Das ist die nationale Niedriglohnschwelle für Westdeutschland, die die Bundesagentur für Arbeit ermittelt hat. Und diese 2063 Euro sind noch viel im Vergleich zu dem, was ein Beschäftigter ab Januar mit dem neuen, gesetzlichen Mindestlohn verdienen wird. Denn das sind dann gerade mal 1360 Euro brutto.

Und weiter wird aufgezeigt, dass die Verteilung der Einkommenshöhen in der Stadt sehr unterschiedlich ist. Menschen, die mit ihrem Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle liegen, finden sich vermehrt in den Stadtteilen, die nördlich an den Main grenzen, also von Sindlingen mit 22,4 Prozent über Höchst mit 24,6 Prozent über die Innenstadt mit 28,6 Prozent bis nach Fechenheim mit 30,2 Prozent.

Was die Verteilung der gutverdienenden FrankfurterInnen anbelangt, sind laut statistik.aktuell Konzentrationen in den Stadtteilen Bockenheim, in beiden Teilen des Westends, des Nordends aber auch in Nieder-Erlenbach und in Kalbach-Riedberg zu finden.

Hier wird die zunehmende Spaltung der Stadtgesellschaft statistisch ablesbar

Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, loben sich immer gerne mit der weltoffenen Stadt Frankfurt, mit der sozialen Stadt Frankfurt. Sie lassen sich für jede Opernpremiere, für jeden Museumsneubau, für Ihre so genannte Altstadt und für jeden neuen Büroturm feiern. Aber das ändert nichts daran, dass Ihre Politik arme MitbürgerInnen zunehmend in bestimmte Stadtteile abschiebt.

Ganz im Gegenteil: In den als besonders attraktiv geltenden Stadtteilen wie Nordend oder Sachsenhausen werden einkommensschwache Menschen verdrängt. Sie können schlicht die stark steigenden Mieten nicht mehr bezahlen, leiden unter Luxussanierungen, finden keine Wohnungen und müssen in andere Stadtteile oder Wohngebiete ausweichen, wo es noch billigere Wohnungen gibt.

Die Empirica AG hat den Anteil der Mietbelastung in Bezug auf das Haushaltseinkommen einkommensarmer Familien in ausgewählten Städten untersucht. Und da liegt Frankfurt mit 48 Prozent vor Städten wie München, Stuttgart und sogar Berlin. Das sind trockene Zahlen. Aber ich will Ihnen das mal vorrechnen. Nehmen wir eine Arbeitnehmerin, allein stehend mit Steuerklasse 1. Sie verdient 2063 Euro brutto im Monat, ist also direkt an der Niedriglohnschwelle - und viele arbeiten für viel weniger. Von den 2063 Euro bleiben ihr ca. 1400 Euro netto. Und bei einer Mietbelastung von 48

Prozent zahlt sie im Monat 672 Euro für Wohnen. Der Rest muss reichen für den Lebensunterhalt, für Mobilität, für Energie, Telefon, Versicherungen, etc. Und für ihre Altersversorgung soll sie davon auch noch was zurücklegen. Und so geht es zehntausenden in der reichen Stadt Frankfurt.

Und wenn Sie sich vorstellen, was das für einen Mindestlohnbezieher bedeutet: Was dem von seinen 1360 Euro brutto bleibt, können Sie sich selber ausrechnen. Auf alle Fälle viel zu wenig, um ohne ergänzende Sozialleistungen über die Runden zu kommen.

Er hätte zwar Anrecht auf eine Sozialwohnung, aber die muss er erst einmal finden. Dabei hat die Stadt Frankfurt ein Instrumentarium, um zu verhindern, dass Menschen so wenig Geld bleibt, nachdem sie ihre Wohnung bezahlt haben: Nämlich die ABG Holding. Aber die kommt ja seit Jahren ihrem satzungsmäßigen Auftrag nicht nach, nämlich Wohnraum für die zu schaffen, die auf dem Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Obwohl sich das Bilanzergebnis des ABG Konzerns, von 56 Millionen Euro im Jahre 2012 auf einen Überschuss von 72,9 Millionen Euro im Jahr 2013 erhöht hat, ist die Initiative des Oberbürgermeisters nicht aufgegriffen worden, die Mieten bei der ABG nur um etwa 1 Euro zu erhöhen. Das hätte Einfluss auf den Mietspiegel und auch auf das gesamte Mietniveau haben können.

Und das wäre eine echte Mietpreisbremse gewesen!

Haben Sie aber nicht gemacht, denn der politische Wille dazu ist nicht vorhanden. Im Gegenteil. 2004 gab es in Frankfurt noch 34.900 so genannte Sozialwohnungen, davon gehörten der ABG 19.398 Wohnungen. Im Jahr 2012 sind es nur noch 28.252 Sozialwohnungen insgesamt. Und davon gehören der ABG Holding gerade noch 17.337 Wohnungen. Im Jahr 2012 hatte die ABG weniger preisgebundene Wohnungen im Bestand als 2004.

Mittlerweile sind wieder einige wenige dazugekommen, aber es bleibt dabei: Es sind heute viel weniger!

Und im Aufsichtsrat der ABG sitzen Repräsentanten von CDU, Grünen und SPD: Nämlich der OB Feldmann, Herr Becker, Frau Birkenfeld, Herr Cunitz, Herr zu Löwenstein, Herr Meyer, Herr Semmelroth und auch noch der Herr Stein von der FDP.

Sie sind also verantwortlich dafür, dass die ABG heute deutlich weniger Sozialwohnungen hat als 2004. Sie stellen die politischen Weichen!

Die ABG gehört aber nicht dem Herrn Junker, oder der Geschäftsführung oder dem Aufsichtsrat.

Sie gehört den Frankfurterinnen und Frankfurtern, die hier auch bezahlbar wohnen wollen. Und für die die ABG bauen soll! Deshalb haben wir unsere Vorstellungen von der strategischen Ausrichtung der ABG in [unserem Etatantrag](#) Nr. 254 skizziert.

Nicht nur das Wohnen wird immer teurer. Auch die Fahrpreise steigen immerzu. Mittlerweile kostet eine Fahrt in der Stadt hin und zurück 5,20 Euro und eine Monatskarte 83,20 Euro. Noch, ab Januar, wenn die von Ihnen wieder mitbeschlossene Preissteigerung greift, sind es dann schon 5,50 Euro für einen Einzelfahrschein hin und zurück und 85 Euro für die Zeitkarte.

Wer es sich genau überlegen muss, ob er sich eine Fahrkarte leisten kann oder nicht, fährt nur das Nötigste. Bleibt also eher in seinem Quartier oder der Umgebung. Auch das trägt zur Spaltung bei.

Deshalb haben wir mit dem Etatantrag E67 eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines benutzerunabhängig finanzierten öffentlichen Personennahverkehrs gefordert. Das ist ein zukunftsweisender Ansatz, auch um der Spaltung in der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel dafür bringen, wie unterschiedlich nahe ihnen verschiedene Familienmitglieder stehen.

Im Jahr 2013 hatten die städtischen Bühnen 345.000 BesucherInnen. Das Defizit belief sich auf eine Summe von 64.618.000 Euro.

Das Künstlerhaus Mouson-Turm hatte 38.560 Besucherinnen und ein Defizit von 3,6 Millionen Euro.

Diese beiden Defizite haben Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition ohne Murren beglichen.

Die Saalbau Betriebsgesellschaft hatte im gleichen Jahr 1,4 Millionen BesucherInnen und ein Defizit von 1.075.000 Euro. Auch wenn die Saalbau im Beteiligungsbericht unter der Abteilung Wohnungsbau einsortiert ist, sind wir uns doch wahrscheinlich alle einig, dass in deren Räumen viel Kultur entsteht oder praktiziert wird. Das allerdings von Vereinen, meist von Menschen mit ganz normalen Einkommen oder auch darunter. Aber hier soll es dann plötzlich kostendeckend sein. Hier werden die Mieten der Saalbau erhöht, hier wird rein buchhalterisch gedacht. Die Saalbaugäste müssen ihr Geld selber erwirtschaften, die Hochkultur bekommt es geschenkt! Und zwar von Ihnen, meine Damen und Herrn von der CDU und den Grünen.

Aber das passt zu dem, was CDU und Grüne unter Politik verstehen. Nämlich sich gemein zu machen mit dem großen Geld!

DIE LINKE hat mit dem Etatantrag E276 deutlich gemacht, dass wir die Kultur und alles sonstige, was 360.000 in Vereinen organisierte BürgerInnen im Saalbau machen für genau so wertvoll und unterstützenswert halten wie Oper und Schauspiel.

Aber, ob es um die Interessen des Flughafens geht, um Wohnungspolitik, um Kultur oder um anderes: Sie machen Politik für die, die sich sowieso alles leisten können.

Da macht DIE LINKE nicht mit!

DIE LINKE wird keine Politik unterstützen, die die Spaltung der Gesellschaft noch weiter befeuert.

Und das tun Sie, meine Damen und Herren besonders von der CDU, leider auch noch in einem anderen Bereich.

Herr Becker, Sie haben sich in der Öffentlichkeit für ein Verbot der Ganzkörperverschleierung ausgesprochen. Sie haben damit Ressentiments geschürt und die Freien Wähler inspiriert, einen Antrag dazu zu schreiben. Den haben Ihnen die Freien Wähler dann in der letzten Plenarsitzung um die Ohren gehauen. Der unerträgliche Auftritt des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler ist mir noch in schlechter Erinnerung.

So was kommt von so was her, meine Damen und Herren von der CDU. Und wie es weitergehen kann, sehen Sie an den Demonstrationen in Dresden oder Bonn, und das soll auch nach Frankfurt kommen.

Nicht nur wir LINKE sehen einen Zusammenhang zwischen diesen Demonstrationen und der Rhetorik der CDU bzw. CSU. Ich zitiere aus einem Artikel der Nürnberger Nachrichten, der am 15. Dezember in der FAZ abgedruckt war: „Burkaverbot, Deutschpflicht in Migrantenfamilien – das sind die Themen, die CDU und CSU als wichtig erachten, wenn es um die Integration von Ausländern geht. Vor ein paar Tagen konnte man sich noch lustig machen über diese plumpen Parolen. Doch jetzt haben Asylbewerber-Unterkünfte gebrannt. Und CDU und CSU müssen sich endlich fragen, ob sie mit ihrer Ressentiments schürenden Politik nicht einen Teil zur Nicht-Willkommenskultur beitragen, die Ausländern in Deutschland entgegenschlägt.“

Selbst Angela Merkel hat sich schon deutlich positioniert und darauf hingewiesen, dass man Hetze und Verleumdung zurückweisen muss und warnt davor, sich instrumentalisieren zu lassen. Ich zitiere einen Kommentar der Rhein-Neckar-Zeitung, der am 17. Dezember in der FAZ abgedruckt war: „...Und wenn die Bundeskanzlerin, die richtigen Begleitworte findet, sollte man auch in München endlich kapieren, dass mit der Hetze gegen Minderheiten nur die Parteien gestärkt werden, die die Demokratie abschaffen wollen.“

Wenn in einer Demonstration Rechtsradikale und Menschenfeinde laufen und ihren Unfug skandieren, muss es eine klare Reaktion geben. In einer Hassrede bei einer der Demonstrationen, spricht der Redner davon, dass die gemeinsame deutsche Bewegung anschwellen und die Verbrecher von Politik, Medien und Gewerkschaften von der Landkarte spülen werde. Die Deutschen müssten sich von „sozialistischem Dreckspack“ regieren lassen und der Journalismus sei „die Hure der Abschaffung Deutschlands“. Alles nachzulesen in der FAZ vom 17.12. 2014. Vor diesem Hintergrund ist es mir völlig unerklärlich, dass der Bundesinnenminister Thomas de Maiziere von der CDU dann in einem Interview von „Verständnis haben müssen“ schwadroniert. Das ist falsch!

Wenn so ein Zeug in Reden vorgetragen wird, erwarte ich, dass anständige Menschen so eine Veranstaltung verlassen.

Die meisten von uns hier in diesem Haus stehen allerdings für eine Willkommenskultur.

Und falls diese menschenfeindlichen Demonstrationen auch in Frankfurt stattfinden sollten, wird sich DIE LINKE sehr freuen, wenn alle demokratischen Parteien dem entschlossen entgegengetreten werden.

Lassen Sie mich nun zum eigentlichen Haushalt kommen.

Sie, Herr Becker, haben ja immer mal wieder erzählt, dass Frankfurt quasi vor der Pleite steht und noch bei der Einbringung mit einem zu erwartenden Defizit von 53,4 Millionen Euro operiert.

Nun ist klar, dass der Haushalt 2014 ausgeglichen, wahrscheinlich sogar mit einem Plus abschließen wird, wie DIE LINKE es von Anfang an gesagt hat.

Eine Kommune wie Frankfurt bekommt im Moment Kredite zu Zinssätzen zwischen 0,5 und 1 Prozent. Bessere Bedingungen für Investitionen sind kaum denkbar. Das meint auch der Herr Seehofer und sagte zum Beispiel am 10.12. im Spiegel, es müsse mehr investiert werden.

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung meinte im Oktober, Investieren sei wichtiger als eine schwarze Null. Und die so genannten Wirtschaftsweisen fordern in ihrem Oktobergutachten, man solle die Konjunktur mit mehr Investitionen ankurbeln. Der Chefvolkswirt der staatlichen Förderbank KfW, Herr Zeuner, warnt vor weiteren Sparrunden und regt eine vorübergehende höhere Neuverschuldung an (FNP vom 4. Dezember). Und der Haushaltsexperte der Grünen im Bundestag Sven Christian Kindler sagt, die Bundesregierung handle zukunftsvergessen und ökonomisch dumm, weil sie wichtige Investitionen in die Zukunft verweigere. Wichtig sei jetzt, für deren Finanzierung strukturelle Änderungen im Haushalt vorzunehmen.

Und wenn von staatlichen Investitionen die Rede ist, sollte man sich klar machen, dass die Kommunen rund 2/3 der staatlichen Investitionen in Deutschland tätigen.

Deshalb fordert DIE LINKE eine verstärkte Investitionstätigkeit der Stadt. Sinnvolle Investitionen, die Werte schaffen und Frankfurt zukunftsfähig machen. Zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur, in Brücken, Straßen, Schulen, Kinderbetreuung, Barrierefreiheit, Wohnen. Das bringt nicht nur Aufträge für Unternehmen, sondern auch Arbeitsplätze für Menschen. Und die brauchen wir. Denn trotz der unendlichen Bemühungen des Wirtschaftsdezernenten und trotz der Tatsache, dass weitere Unternehmen in die Stadt gekommen sind, hat sich laut Auskunft der Agentur für Arbeit die Arbeitslosenquote in Frankfurt seit einem Jahr nicht verändert.

Deshalb setzt DIE LINKE auch auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Kommune. Wie Sie in unserem Etatantrag Nr. 81 nachlesen können, halten wir ein öffentliches, ein kommunales Beschäftigungsprogramm für notwendig. Schon deshalb, weil die Kürzungen von Mitteln für Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose negative Auswirkungen hat.

Noch ein paar Worte zu zukunftsweisenden Investitionen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Aufstockung des städtischen Personals im Hochbauamt und im Stadtschulamt. Diese Stellen werden dringend gebraucht, um die Aufgaben aus dem Aktionsplan Schulbau zu erfüllen. Schließlich konnte das Schulamt letztes Jahr nicht einmal alle bewilligten Gelder ausgeben, weil in den eben erwähnten Ämtern die Personalkapazitäten fehlen. Das muss man sich mal vorstellen: Da verrotten die Schulen, Geld wäre da und sie haben nicht genug Personal!

Ich habe Ihnen nun einige Beispiele für LINKE Ansätze zu einer aktiven Haushaltspolitik erläutert. Einer Haushaltspolitik, die immer die Mehrheit der Bürgerinnen im Auge hat.

Sie aber lassen sich bei Ihrem Haushaltsentwurf allein von dem, was Sie unter Konsolidierung verstehen, leiten. Und das wird dann auf dem Rücken der Menschen mit wenig Geld und Einfluss ausgetragen.

Zum Beispiel mit der 1-prozentigen Kürzung im Sozialbereich. Mit unserem Etatantrag fordern wir, das zurückzunehmen. Die Haushaltslage würde das erlauben. Etliche Träger, Vereine und auch der Eigenbetrieb 57 zum Beispiel werden seit Jahren nicht mehr ausreichend refinanziert. Die gestiegenen Kosten wurden nicht aufgefangen - sollten aus eigener Kraft erwirtschaftet werden. Das hat zu immer größerem Arbeitsdruck unter immer schwierigeren Arbeitsbedingungen und zu Kürzungen der Angebote geführt.

MitarbeiterInnen aus dem Eigenbetrieb haben zusammen mit ver.di das im „Schwarzbuch 57“ ausgearbeitet und der Öffentlichkeit präsentiert. Ich empfehle Ihnen dringend, das mal zu lesen.

Ihre Sparmaßnahmen, die Erhöhung der Eintrittspreise für Schwimmbäder, Zoo und ähnliches, das brutale Zusammenkürzen der Mittel für den Behindertenfahrdienst für schwerst Gehbehinderte und die Erhöhung der Grundsteuer B, die auf die Mieter umgelegt wird, zeigen deutlich: Sie holen sich Geld bei den so genannten kleinen Leuten. An die großen Unternehmen und Konzerne trauen Sie sich ja nicht ran.

Womit wir beim Thema Erhöhung der Gewerbesteuer wären.

Hier verzichtet Schwarz-Grün bewusst und völlig unnötig, in Teilen sogar gegen besseres Wissen, auf höhere Einnahmen. Dabei ist für viele, besonders sehr große Unternehmen, der Gewerbesteuersatz bei der Entscheidung für einen Standort nicht ausschlaggebend. Für eine solche Entscheidung sind viele Kriterien wichtig. Die Infrastruktur, die weichen Standortfaktoren wie Kulturleben, Gastronomie, attraktiver Einzelhandel, die Verkehrsanbindung und so weiter spielen eine große Rolle. Bestes Beispiel ist der Bankensektor. Eine Bank kann es sich einfach nicht leisten, in Frankfurt nicht präsent zu sein. Gerade die Banken haben in den Jahren von 2008 bis 2012 öffentliche Hilfen in Höhe von 144,2 Milliarden Euro bekommen, um die Folgen der von ihnen selbst verursachten Finanzkrise abzufedern. Und wir LINKE sagen: Ein bisschen was sollten wir uns, auch als Kommune, zurückholen. Und das auch über die Gewerbesteuer!

Und da gibt es hier im Haus ja durchaus eine theoretische Mehrheit. Sie von den Grünen, von der SPD und wir könnten die Erhöhung der Gewerbesteuer auf den alten Wallmannsatz auf den Weg bringen. Das würde knapp 100 Mio. Euro im Jahr mehr bringen und die bestverdienenden Unternehmen endlich wieder angemessen an den Kosten für die Infrastruktur- und die Investitionen, von denen auch diese Konzerne profitieren, beteiligen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass auch DIE LINKE Vorschläge zum Sparen hat.

Dazu gehören: keine weiteren Projekte in PPP-Konstruktionen. Denn aus privatrechtlichen Parallelstrukturen, wie diesen und wie Projektentwicklungsgesellschaften, entstehen finanzielle Mehrbelastungen.

Unsere weiteren Vorschläge zur Einsparungen im zweistelligen Millionenbereich können Sie in unserem Antrag „Chancen nutzen: Frankfurt für Alle!“ nachlesen.

Besonders Ihnen, meine Damen und Herren von den Grünen möchte ich abschließend folgendes noch mit auf den Weg geben:

Im Bundestag kritisiert Ihre Fraktionsvorsitzende, dass die große Koalition den Haushalt konsolidiere, ich zitiere: „auf Kosten der Zukunft und der Investitionen, die Sie nicht tätigen. Diese Politik ist falsch und zukunftsvergessen.“

Und da hat sie Recht. Das sagt auch DIE LINKE der Frankfurter Stadtregierung.

Deshalb lehnen wir Ihren Haushaltsentwurf ab. Ihr schwarz-grüner Haushalt vertieft die Spaltung in arme und reiche FrankfurterInnen weiter. Da macht DIE LINKE nicht mit!

Vielen Dank!